

KOMMENTAR

Große Lösungen für große Probleme

Weltmacht Europa

WERNER WEIDENFELD

Krisen eröffnen Wege zu Erkenntnissen. Das weltweite Debakel der Finanzen hat die großen Abhängigkeiten der kleinen Welt anschaulich gemacht. Die Symbiose von Lokalem und Globalem wurde zu einer dramatisch erfahrbaren Wirklichkeit.



Europa gestaltet nur in dem Moment kraftvoll die weltpolitische Ordnung mit, wenn es über eine entsprechende Strategie verfügt.

Die Nationalstaaten sind für die Herausforderungen unserer Epoche zu klein geworden. Wie sollen sie Klima schützen, Sicherheit garantieren, wirtschaftliche Wohlfahrt bieten – wo doch alle Problemnetze international gewoben sind?

Die Architekten der Welt-politik sind von den Gegebenheiten unserer Zeit in das Rampenlicht der aktuellen Dramen gerückt. Von ihnen kann die gestalterische Kraft einer zuverlässigen und effektiven politischen Ordnung ausgehen. Das ist die Stunde Europas, jener Weltmacht im Werden.

Maßstäbe und Gewichte welt-politischer Dimensionen sind klar: Die USA, China, Indien sind die großen Exempel. In dieser Liga ist Europa zu Hause. Sein Potential verfügt über das angemessene machtpolitische Gewicht: Europa ist der weltgrößte Produzent, der weltgrößte Handelspartner. Europa verfügt über den höchsten Anteil bestens ausgebildeter Personen. Die Forschung gehört zur Weltspitze. Aber was fehlt? Nicht die Kraft, sondern das Denken. Es fehlt den Europäern an welt-politischer Perzeption, an strategischem Denken. Die Welt-politik hat eine eigene Schwerkraft; sie hat eigene Magnetfelder der Macht. Dies verlangt ein spezifisches, rationales Denken, eine Entwicklung der Interessen, die Festsetzung von Prioritäten und Schrittfolgen.

Europa muss sein Potential im eigenen Interesse in Ziele und Prioritäten übersetzen.

Die Staaten sind zu Spielbällen verkümmert. Der integrierte Kontinent aber kann bei den immensen Anforderungen der Weltpolitik durchaus mithalten. Der gemeinsame Euro ist Beleg dafür. Auch bei den anderen großen Themen könnte Europa die staatliche Hilflosigkeit überwinden: Steuerung der Migration, Energieversorgung, Rohstoff-Sicherung, Abwehr des Terrorismus, soziale Umschichtung durch demographischen Wandel.

Die Kunst der großen Deutungsmuster, die einen neuen europäischen Aufbruch bringen kann, wird sich als Ausgangspunkt die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen nehmen. Sie wird dann das strategische Konzept der Differenzierung unseres Kontinents nach innen und nach außen damit verbinden.

Eine solche historische Leistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute verunsichert vor sich hindümpelt. Nicht die großen Apparate werden diese Krise überwinden. Es ist das Momentum des geistigen Entwurfs und der strategischen Präzision, aus dem Europas neues Gesicht entstehen kann.

Was bringt das Jahr 2009? Unsere Autoren wagen einen Blick in die Zukunft. Sie schauen auf Europa, Deutschland und die Region Ostwestfalen-Lippe. Den Anfang macht Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München.

Sie erreichen den Autor unter nachrichten@ihr-kommentar.de



Endlich! Atalanta greift durch!

ZEICHNUNG: HORST HATZINGER

TAGESTHEMA

Neue Schulreform im Gespräch

Zweiglidrigkeit gilt als das Modell der Zukunft

VON MIRJAM MOHR

Frankfurt/Bielefeld (AP). Der Ruf nach einer bundesweiten Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems wird immer lauter. Der künftige KMK-Präsident Henry Tesch sagte, die in den neuen Ländern bereits lange praktizierte Zweiglidrigkeit werde ebenso ein Erfolgsmodell sein wie das Abitur nach zwölf Jahren. Auch der Bielefelder Bildungsforscher Klaus Hurrelmann fordert die Abschaffung der Hauptschule, weil schlechte Schüler davon profitierten, wenn sie mit guten Schülern in einer Klasse seien.



Setzt auf Selbstständigkeit: Der Bielefelder Bildungsforscher Klaus Hurrelmann.

Die ostdeutschen Bundesländer, die nach der Wende zweiglidrige Schulsysteme durchgesetzt hatten, bei denen Haupt- und Realschule zusammengeführt wurden, lagen beim aktuellen PISA-Bundesländervergleich allesamt vorne. Zudem haben sie entweder an der zwölfjährigen Schulzeit der DDR festgehalten oder diese nach einer Phase mit 13 Schuljahren wieder eingeführt. Inzwischen haben auch alle alten Bundesländer mehr oder weniger flächendeckend das Abitur nach acht Jahren übernommen. Der mecklenburg-vorpommersche Bildungsminister Tesch, der 2009 der Kultusministerkonferenz vorsteht, sagte: „Wer hätte damals beim zwölfjährigen Abitur eine Wette abgeschlossen, dass sich das so schnell etabliert?“ Auch die Zweiglidrigkeit hält der CDU-Politiker für ein nachdenkenswertes Modell. So etwas brauche aber Zeit, und man müsse die regionalen Gegebenheiten berücksichtigen.

Das gute Ergebnis Sachsens beim PISA-Test sei eine Ermutigung für die Länder, die die Abschaffung der Hauptschule planten, sagte Hurrelmann. Bei der Einführung eines zweigliedrigen Systems liege die große Herausforderung darin, Schülern mit schlechten Lernvoraussetzungen gerecht zu werden, ohne gute Schüler zu vernachlässigen.

In sogenannten Mittel- oder Oberschulen könne projektbezogener und fächerübergreifender Unterricht stattfinden, sagte Hurrelmann. Wert gelegt werden müsse auf Anschaulichkeit und Teamarbeit, dem Gymnasium vorbehalten bliebe die Erarbeitung von Fachthe-

men und wissenschaftlicher Disziplin. Ein solches Konzept setze voraus, dass sich auch Lehrer umstellten, betonte Hurrelmann. Viel zu häufig gebe es noch den belehrenden Lehrer, der vorne stehe und referiere. Stattdessen müsse der Anteil des selbstständigen Lernens von Schülern gestärkt werden.

Der Bildungsforscher Reinhold S. Jäger hält die Unterrichtspraxis sogar für wichtiger als die Systemfrage. Man müsse weg vom Frontalunterricht und hin zu selbstgesteuertem Lernen und einer Rhythmisierung des Unterrichts, sagte der Landauer Bildungsexperte. Zudem könne man das Tutoren- und Mentorenprinzip der Hochschulen auch an Schulen einsetzen: Ältere oder bessere Schüler könnten jüngeren oder schlechteren Schülern helfen. Bei der Lehrerbildung plädiert Jäger dafür, dass sich Interessierte schon vor dem Studium auf ihre Berufseignung testen sollten. Möglich sei dies etwa mit dem von der EU unterstützten Projekt „Career Counselling for Teachers“, bei dem man im Internet Fragebogen zum Berufsfeld und der persönlichen Eignung durcharbeiten kann. Bisher wird der Test auf freiwilliger Basis angeboten, Jäger möchte ihn verpflichtend einführen. KMK-Präsident Tesch sprach sich für eine Erhöhung des Praxisanteils während des Studiums aus, um die Eignung von Lehramtsstudierenden früher feststellen zu können.

Ärzte machen gegen die Gesundheitskarte mobil

Frankfurt (AP). Die deutsche Ärzteschaft will die bundesweite Einführung der elektronischen Gesundheitskarte stoppen. Die bisherigen Tests hätten in keiner Weise den Beweis erbracht, dass die Karte praxistauglich sei, sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe. Deshalb sei es völlig falsch, schon jetzt mit der Einführung zu beginnen. Vom kommenden Jahr an sollen zunächst im Bezirk Nordrhein und anschließend bis spätestens 2010 schrittweise im gesamten Bundesgebiet die elektronischen Gesundheitskarten ausgegeben werden.

Pleitewelle bei Krankenkassen prophezeit

Ludwigshafen (ddp). Der Vorstandschef der Techniker-Krankenkasse, Norbert Klusen, rechnet wegen des Gesundheitsfonds mit einer Pleitewelle unter den gesetzlichen Krankenkassen. „Es gibt eine Reihe von Kassen, die unter Fondsbedingungen nicht werden überleben können“, sagte Klusen der Zeitung Rheinpfalz. Er würde sich nicht wundern, wenn Ende nächsten Jahres 80 bis 100 der 215 Kassen pleitegegangen seien.

Guineas Regierung kapituliert

Conakry (AP). Die Putschisten im westafrikanischen Guinea festigen ihre Macht. Ministerpräsident Ahmed Tidiane Souare und weitere Regierungsmitglieder ergaben sich den Aufständischen. Sie erschienen laut einem Bericht des Privatsenders Liberté FM in der Alpha-Yaya-Diallo-Kaserne in Conakry und reagierten damit auf ein Ultimatum. Souare habe erklärt, er und seine Begleiter stünden Putschistenführer Moussa Camara zur Verfügung.

China geht gegen Korruption vor

Peking (AP). Wegen Korruption haben in diesem Jahr tausende chinesische Behördenmitarbeiter in führenden Positionen Konsequenzen zu spüren bekommen. Fast 5.000 ranghohe Beschäftigte seien wegen Korruption oder anderer Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze bestraft worden, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den zuständigen Regierungsbeauftragten Gan Yisheng. Insgesamt seien Ermittlungen in 144.000 Fällen geführt worden.

Schüsse auf einen fahrenden Zug

Athen (dpa). Die griechische Hauptstadt Athen ist auch über Weihnachten nicht zur Ruhe gekommen. Unbekannte feuerten in der Nacht zum Freitag zwei Schüsse auf einen fahrenden Zug der Athener Vorstadtbahn „Proastiakos“. In dem Zug befanden sich fünf Fahrgäste und der Fahrer. Zwei Scheiben gingen zu Bruch, verletzt wurde aber niemand. In der Nacht zum Donnerstag wurden in Athen mehrere Brandanschläge verübt.

König nimmt Politiker in die Pflicht

Brüssel (dpa). In Belgien ist der Kampf um die Macht eine Woche nach dem Rücktritt von Premierminister Yves Leterme voll entbrannt. König Albert II. rief die Politiker seines Landes zu verantwortlichem Handeln auf und forderte eine rasche Regierungsbildung. In seiner Weihnachtsansprache betonte er, die neue politische Krise habe ihre Ursache in der internationalen Finanzkrise und deren juristischen Auswirkungen in Belgien.

Flüchtlinge steuern Südtalien an

Rom (dpa). Im Zuge der auch über die Weihnachtstage nicht abbreitenden Flüchtlingswelle nach Südtalien sind mehr als 650 Immigranten auf der Insel Lampedusa gelandet. Die Flüchtlinge, darunter viele Frauen, kamen in den Morgenstunden in insgesamt drei Booten auf Lampedusa an, teilten die italienischen Behörden mit. Die Immigranten wurden in das Auffanglager auf der Insel gebracht, in dem sich damit knapp 1.000 Menschen aufhalten.

Blutbad in irakischem Gefängnis

Bagdad (dpa). Bei einem Gefängnisausbruch von El-Kaida-Kämpfern im Irak sind 15 Menschen getötet worden. Zu dem Blutbad kam es, als sich mehr als zehn gefangene El-Kaida-Kämpfer den Weg aus der Haftanstalt in der Stadt Ramadi 100 Kilometer westlich von Bagdad freizuschließen versuchten. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen wurden insgesamt sieben Gefangene und acht Polizisten getötet.

Pakistan verstärkt Truppen im Grenzgebiet

Islamabad (AP). Einen Monat nach dem Terrorangriff in Bombay hat Pakistan seine Truppenpräsenz im Grenzgebiet zu Indien verstärkt. Die Regierung habe die Verlegung von 20.000 Soldaten angeordnet, verlautete aus Geheimdienstkreisen. Die 14. Heeresdivision sei in die grenznahen Regionen Kasur und Sialkot geschickt worden. Außerdem wurde eine Urlaubssperre für die Streitkräfte verhängt.

PERSÖNLICH



Barack Obama (47), künftiger US-Präsident, findet trotz emsiger Vorbereitung auf sein neues Amt immer noch Zeit fürs Fitness-Studio. Zwar komme er immer weniger zum Romanelesen und zum Fernsehen, auch besuche er kaum noch Freunde, berichtet die Washington Post. Doch für Hanteln und Kraftmaschinen bringe er meist noch einhalb Stunden pro Tag auf. FOTO:REUTERS



Jürgen Rüttgers (57), Ministerpräsident von NRW, hat keine Karriereplanungen für eine Rückkehr in die Bundespolitik. „Ich will nicht nach Berlin, ich war schon einmal Bundesminister“, sagte der CDU-Bundesvizeminister. „Als Ministerpräsident will ich 2010 die erfolgreiche Koalition mit der FDP weiter fortsetzen“, sagte Rüttgers, der von 1994 bis 1998 Bundesbildungsminister war. FOTO: DPA



Reinhard Marx (53), Erzbischof von München, wird Ehrenbürger seiner Heimatstadt Geseke. Marx habe zu den dortigen Vereinen und Institutionen stets engen Kontakt gehalten, teilte das Münchener Ordinariat mit. Die Laudatio wird der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker halten. Die Feierlichkeiten in Geseke beginnen Samstagmittag mit einem Pontifikalamt. FOTO: DPA

Lafontaine fordert Schutzschirm für Arbeitnehmer

Der Parteivorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, hat zur Bewältigung der Finanzkrise ein neues Steuersystem und einen „Schutzschirm für Arbeitnehmer“ gefordert. Pendlerpauschale und Erbschaftsteuer müssten „revolutioniert“ und das Arbeitslosengeld I von 12 auf bis zu 32 Monate verlängert werden, sagte Lafontaine. „Die Regierung hat die Gründe für die Finanzkrise nicht erkannt.“ Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mache Deutschland zum Verlierer der globalen Krise. Lafontaine: „Das Steuersystem muss von dem Kopf auf die Füße gestellt werden, um die Kaufkraft zu erhöhen.“ Er for-

derte: „Die Erbschaftsteuer für Betriebe wird komplett erlassen, wenn in gleichem Maße die Mitarbeiter an dem Unternehmen beteiligt werden.“ Das Geld würde in eine Mitarbeitergesellschaft eingezahlt, die dann Miteigentümer des Unternehmens wäre. Damit wäre zum einen ihr Einfluss auf Unternehmensentscheidungen gesichert und zum anderen würden die Beschäftigten an den Gewinnen beteiligt, argumentierte der frühere SPD-Chef. Ferner bliebe das Vermögen im Betrieb, so dass dessen Erhalt im Erbfall garantiert wäre.

Lafontaine sagte, die Erbschaftsteuer sei das größte sozialpolitische Versagen der SPD in

HINTERGRUND

Berlin (dpa). Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine (Foto) fordert einen besseren Schutz für Arbeitnehmer. Viele Menschen seien wegen der Rezession von Arbeitslosigkeit bedroht, und ihre Chancen auf einen neuen Job würden sinken.



diesem Jahr. „Sie treibt die Umverteilung von unten nach oben voran. Sie verschont die Millionären und sichert nicht den Erhalt von Arbeitsplätzen in vererbten Betrieben.“ Ein Scheitern vor dem Bundesverfassungsge-

richt sei programmiert. Die Pendlerpauschale solle nicht mehr als Steuerermäßigung wirken, sondern als Kilometerpauschale ausgezahlt werden. „Damit hätten Geringverdiener am meisten davon.“ Denn bisher

profitierten sie gar nicht von der Pendlerpauschale, weil sie aufgrund ihrer niedrigen Einkommen keine Steuern zahlten. „Eine Kilometerpauschale wäre für sie bares Geld, während Spitzenverdiener darauf dann auch den Spitzensteuersatz zahlen müssten. Das wäre gerecht.“

Deutschland brauche keine Konjunkturprogramme, wie sie von Union und SPD beschlossen würden, so Lafontaine, das Land brauche „ein Strukturprogramm“. Die Ausgaben für Bildung und Infrastruktur müssten um jährlich 50 Milliarden Euro erhöht, der Hartz-IV-Satz auf 435 Euro und die Renten um 4 Prozent angehoben werden.